Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

30. Sitzung
7. Dezember 2023

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.05 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Marcel Hopp (SPD) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

> „Wie schätzt der Senat die Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie für Berlin im Vergleich zum nationalen Befund ein?“
> (Fraktion der SPD)

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erklärt, die Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie seien keineswegs zufriedenstellend, lägen aber noch etwas über dem OECD-Durchschnitt. Über die berlinspezifischen Ergebnisse verfüge man allerdings noch nicht.

Marcel Hopp (SPD) fragt, mit welchen Maßnahmen und Ideen der Senat auf die Befunde reagieren werde.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) hebt hervor, dass hierbei kein Erkenntnisproblem, sondern das Problem der Umsetzung bestehe und mit dem föderalen Bildungssystem auch immer die Abstimmung der einzelnen Bundesländer wichtig sei. Konkret setze man sich insbesondere für die Förderung der Basiskompetenzen, also die basale Ausbildung in den

Kernkompetenzen Mathematik, Lesen und Schreiben etc., und die Ausweitung der frühen Sprachförderung ein, wie es in den Richtlinien der Regierungspolitik deutlich formuliert sei. Selbstverständlich gehe es auch um die Qualifizierung der Lehrkräfte und die Lehrkräftegewinnung sowie um ein gutes Lernumfeld. Von der Wissenschaft erwarte man noch stärkere Hinweise zu konkreten Handlungsempfehlungen.

Franziska Brychcy (LINKE) fragt für ihre Fraktion zum

> „Zeitplan der geplanten Schulgesetznovelle“

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erklärt, hinsichtlich der Änderung des Schulgesetzes stehe man am Anfang des Prozesses. Sie solle zum Schuljahr 2024/25 in Kraft treten, und dementsprechend falle der Zeitplan aus; konkrete Termine könne er im Moment nicht angeben. Mit der frühzeitigen Vorstellung der Gesetzesnovelle am 29. November 2023 im Landesschulbeirat werde die sehr formalisierte Zeitschiene eingehalten.

Franziska Brychcy (LINKE) hebt hervor, dass mit dem 11. Pflichtschuljahr auch andere Senatsverwaltungen wie z. B. SenASGIVA betroffen seien. Wann werde diesen der Gesetzentwurf zugestellt?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) teilt mit, auch hierfür habe er die konkreten Daten nicht parat; selbstverständlich gehe er den jeweils Betroffenen rechtzeitig zu, um in der Zeitschiene bleiben zu können.

Tommy Tabor (AfD) fragt für seine Fraktion zum

> „Umgang mit der Erkenntnis des schlechten Abschneidens bei der PISA-Studie der Berliner Schülerinnen und Schüler aufgrund des hohen Migrantenanteils als einer Ursache dafür“

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) betont, dass die Ursachen sehr differenziert zu betrachten seien und es in der öffentlichen Darstellungen zu Vereinfachungen komme. Selbstverständlich müsse man auch stets die konkrete Schülerschaft betrachten, und es sei nicht automatisch so, dass Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund schlechtere schulische Leistungen erzielten. Allerdings sei für diese Schülergruppe das Thema der frühen Sprachförderung sehr wichtig, und genau daran setze man mit dem Kita-Chancenjahr und anderen Maßnahmen wie Berlin-Challenge und Bonusprogramm verstärkt an. Zu verweisen sei auch auf das eine oder andere Bundesprogramm – Stichwort: Startchancen-Programm.

Louis Krüger (GRÜNE) fragt für seine Fraktion:

> „Auf dem Karriereportal von SenBJF findet sich eine Stellenausschreibung für eine befristete Einstellung von Lehrkräften mit ausländischem Lehramtsabschluss und einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz mit einem A2-Sprachniveau. Welches Einsatzkonzept liegt dieser Ausschreibung zugrunde?“

Anja Herpell (SenBJF) erklärt, diese Ausschreibung ziele auf sogenannte Tandem-Lehrkräfte. Leitende Idee sei dabei, Lehrkräfte insbesondere aus der Ukraine mit einheimischen

Lehrkräften, die eben die Muttersprache Deutsch gut beherrschten, zusammenzuschalten, sodass beide gerade im Unterricht mit ukrainischen Schülerinnen und Schülern voneinander profitieren könnten.

Louis Krüger (GRÜNE) fragt, ob für diese auf zwei Jahre befristeten Stellen ein Konzept für eine Anschlussperspektive bestehe. Sei z. B. an parallele Fortbildungen gedacht?

Anja Herpell (SenBJF) teilt mit, man sei für jede kompetente Lehrkraft dankbar und werde sicherlich Möglichkeiten finden, diese Lehrkräfte langfristig für das Schulsystem zu gewinnen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari stellt fest, dass keine weitere Frage vorliege und die Aktuelle Viertelstunde abgeschlossen sei.

b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) berichtet, man sei derzeit in der Hauptumsetzungsphase der Schulbauoffensive; so habe er z. B. am 1. Dezember 2023 die Maria-Leo-Grundschule in Prenzlauer Berg übergeben können. Die dortige Schulgemeinschaft freue sich über die nunmehr guten Rahmen- und Lernbedingungen. Dort setze man das neue Konzept der Berliner Lern- und Teamhäuser um, und die flexibel nutzbare Architektur erlaube den besseren Austausch zwischen den verschiedenen Jahrgangsstufen und im Team der Schule. Auch bei einer Führung im Rahmen der KMK-Präsidentschaft mit Vertretern der großen Bildungsstiftungen habe diese Schule viel Anerkennung erfahren.

In der KMK verständige man sich mit den Vertretern des Bundesministeriums hinsichtlich der 2024 beginnenden neuen Programme; insbesondere verhandle man sehr detailliert das Startchancen-Programm als Ergänzung zu den bestehenden Landesprogrammen. Dabei verfolge man eine sehr ambitionierte Zeitschiene und habe gehofft, noch in diesem Jahr eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund unterzeichnen zu können. Das werde allerdings auch aufgrund der aktuellen Haushaltssituation auf Bundesebene offensichtlich noch etwas länger dauern. Ebenso fänden hinsichtlich des „Digitalpakts 2.0“ intensive Verhandlungen statt, sodass es dort ab 2025 weitergehen könne.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) berichtet, auf dem Kita-Gipfel sei es zu einem direkten und guten fachlichen Austausch gekommen. Die Beteiligungsquote sei sehr gut gewesen, und zudem habe man eine Online-Verfügbarkeit mit Chat-Funktion sichergestellt. Man habe den Kita-Entwicklungsplan und das Kita-Chancenjahr vorgestellt, Themen wie Kita-Sozialarbeit, Elternarbeit, Zuschlagstatbestände und Gewinnung und Qualifizierung von Fachkräften behandelt und die Fragestellungen von Trägern und Verbänden z. B. zur Digitalisierung in den Kitas, zur Weiterentwicklung des Berliner Bildungsprogramms oder BeoKiz gezielt aufgegriffen. – Es habe sich um den Auftakt zu einem regelmäßigen Veranstaltungsformat im Zusammenhang mit Fachtagen gehandelt. Es sei auch Aufgabe der Trägerschaft und der Verbände, diese Struktur mit SenBJF gemeinsam zu gestalten.

Eine schwierige Lage bestehe in vielen Kitas, aber nicht in allen, und das permanente Schlechtreden, wonach in Berlin ein Notstand bestehe und das System kurz vor dem Kollabieren sei, trage nicht zur Nachwuchsgewinnung bei. Man müsse auch am Image der Kitas arbei-

ten und für eine angemessene Bezahlung sorgen; in den derzeit geführten Tarifverhandlungen werde man hoffentlich zu einem entsprechenden Abschluss kommen.

Franziska Brychcy (LINKE) verweist auf eine Veröffentlichung, wonach in Berlin 20 000 Kitaplätze fehlten. Wie sei diese Diskrepanz zu der Darstellung von SenBJF zu erklären? – Nach einem Schreiben des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes müssten in den Familienzentren wegen der Inflation, der Tarifanpassung und nicht gedeckter Miet- und Betriebskosten Angebote eingeschränkt werden. Wie schätze SenBJF dies ein? – Wie seien die Maßnahmen im Bündnis für Ausbildung mit den erheblichen Kürzungen zur Berufsorientierung der Jugendlichen im Bereich von SenASGIVA zu vereinbaren?

Louis Krüger (GRÜNE) fragt, wie viele Schulen in Berlin schätzungsweise vom Startchancen-Programm profitieren würden und wie das Auswahlverfahren gestaltet werde.

Taylan Kurt (GRÜNE) erkundigt sich, warum nicht zum Fachtag Armutssensibilität berichtet worden sei. Könne der Ausschuss die Dokumentation zu diesem Fachtag erhalten? Inwiefern ergebe sich für SenBJF ein Handlungsbedarf in Bezug auf armutssensibles Handeln?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) weist darauf hin, dass sich der Regionale Soziale Dienst zur High-Deck-Siedlung in Neukölln aufgelöst habe. Inwiefern seien entsprechende Projekte, die mit dem neuen Haushaltsplan gestärkt werden sollten, auch zu Silvester aktiv? Wann werde das Jugendamt wieder für diesen Bereich arbeiten? – Diese Situation widerspreche dem, was man mit dem Jugendgewalt-Gipfel beabsichtigt habe.

Roman Simon (CDU) fragt, was auf dem Kita-Gipfel zum Thema Fachkräftegewinnung besprochen worden sei. In Berlin könnten tausende baulich vorhandene Plätze nicht angeboten werden, weil Fachkräfte fehlten.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) erklärt, das Ergebnis der angesprochenen Studie der Bertelsmann-Stiftung, wonach in Berlin 20 000 Kitaplätze fehlten, stelle er infrage. Man habe diese Studie noch nicht im Einzelnen auswerten und vor allem die Berechnungsgrundlage nicht nachvollziehen können. Derzeit seien etwa 11 000 Kitaplätze in der Entstehung, und bis 2027 fehlten noch ca. 3 000 Kitaplätze. Die Bertelsmann-Studie habe allerdings jeden Platzwunsch eins zu eins einem Bedarf gleichgestellt und komme deshalb zu dieser größeren, aber nicht zutreffenden Zahl. Die Differenz zu der Zahl der Bertelsmann-Studie betrage ca. 5 800 Plätze und bezogen auf die Gesamtzahl von ca. 180 000 bis 185 000 Plätzen also nur 3 Prozent; man liege also im Ergebnis nicht so weit auseinander.

Da ihm der Brief des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nicht vorliege, könne er erst mal nichts weiter dazu sagen. Die Finanzierungsprobleme bei den Familienzentren aufgrund hoher Infrastrukturkosten, Energiekosten etc. seien ein Dauerthema und würden von den Trägern auch zu Recht immer wieder angesprochen. Das Land Berlin habe für die Trägerschaft eine Energiekostenpauschale zur Verfügung gestellt. Wie es sich in dem angeführten Kontext verhalte, müsse er nachprüfen; dass SenBJF der betreffende Brief nicht vorliege, um gegebenenfalls direkt miteinander eine Klärung herbeizuführen, sei etwas verwunderlich. – Hinsichtlich der Ausbildungsplatzoffensive liege die Federführung bei SenASGIVA, und insofern sollte die Frage in dem betreffenden Ausschuss angesprochen werden.

Der Abgeordnete Kurt habe dankenswerterweise den Fachtag Armutssensibilität angesprochen. Die Dokumentation zu diesem Fachtag stelle man dem Ausschuss gern zur Verfügung. Armutssensibilität bzw. Armut allgemein sei Querschnittsthema, und mit dem Beschluss zum nächsten Doppelhaushalt werde es zu einer Stärkung der bezirklichen Präventionsketten kommen. Auch in den Einrichtungen achte man deutlich mehr darauf, wie man mit Menschen umgehe, die einfach wenig Geld hätten. Dieses Thema sei häufig auch mit Scham besetzt, Menschen zögen sich zurück und seien schwieriger zu erreichen; all das habe man auf diesem Fachtag behandelt.

Zur Frage der Abgeordneten Burkert-Eulitz: Ihm seien keine Einsparungen im Bereich der Kinder- und Jugendsozialarbeit in Neukölln bekannt. Die Situation im RSD sei Sache des Bezirks bzw. der politischen Führung des Bezirks. Ihm sei bekannt, dass es dort erhebliche Probleme gebe, aber es sei an die Verantwortung des Bezirks zu erinnern; das Land könne nicht in jedem RSD aushelfen, wo es gerade mal nicht gut funktioniere. Die betreffende Stadträtin von den Linken sei also in diesem Fall gefordert.

Die Aktivitäten in Vorbereitung auf den Silvesterabend habe man ausführlich in der Antwort auf eine entsprechende Schriftliche Anfrage dargelegt. Man arbeite auch mit den Trägern Gangway und Outreach zusammen; es seien Verabredungen und Vereinbarungen auch mit Blick auf das Thema Mitternachtssport und Freizeitangebote rund um diese Zeit getroffen worden. Auch hierbei hätten die Bezirke und bezirklichen Jugendämter eine Verantwortung, und in einem Schreiben habe man diese ausdrücklich gebeten, entsprechende Maßnahmen zu organisieren und sich mit den Trägern zu verabreden. Für die gesamtstädtischen Maßnahmen habe man Verabredungen mit den Trägern getroffen, die im Auftrag von SenBJF in den Bezirken – auch in Neukölln, auch in der High-Deck-Siedlung – eingesetzt seien.

Zur Fachkräftegewinnung für die Kitas und die Kitaversorgung habe das Land bereits mannigfaltige Maßnahmen auf den Weg gebracht; als Beispiel verweise er auf die Ausbildung im „2+2-Modell“. Zu erwähnen sei auch der erleichterte Zugang für ausländische Fachkräfte, die das Sprachniveau C1 noch nicht erreicht hätten, um insbesondere in bilingualen Kitas tätig zu werden. Ebenso wolle man für fachfremde Beschäftigte – Theater, Musikpädagogik etc. – gute Zugangsbedingungen schaffen. Eine Aufstellung zu den Voraussetzungen und Möglichkeiten stelle er gern zur Verfügung. Unabhängig davon sei man in den JFMK- und KMK-Sitzungen im Austausch, wie man bei diesem Thema auf Bund- und Länderebene besser werden könne. – Bei allen Bemühungen müsse man die Qualität im Blick behalten.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) teilt mit, dass Ende Januar 2024 mit einer unterschriftsreifen Verwaltungsvereinbarung zum Startchancen-Programm zu rechnen sei. Danach müsse jedes Bundesland seine Förderrichtlinie aufstellen, die wiederum vom Bund geprüft und genehmigt werde. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne man also noch nicht die infrage kommenden Schulen benachrichtigen. Allerdings habe man bereits konkretere Überlegungen in Bezug auf diesen Kreis von Schulen, weil es für diesen bereits entsprechende Landesprogramme gebe.

Die Förderungen sollten nicht separate Säulen bilden, sondern das Bundesprogramm solle an Länderprogramme andocken können. Zwischen den drei Säulen im Startchancen-Programm – Schulbau, Chancenbudget, Schulsozialarbeit bzw. multiprofessionelle Teams – könne man allerdings auch wegen der unterschiedlichen Finanzierungswege nicht schieben. – Die Erwar-

tung, dass das Programm mit Schuljahresbeginn im August 2024 starte, müsse er mit einem Fragezeichen versehen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari stellt Einvernehmen fest, auch Tagesordnungspunkt 1 b abzuschließen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Vorsitzende Sandra Khalatbari weist darauf hin, dass die beiden Ausschussmitglieder der vorschlagsberechtigten AfD-Fraktion nicht anwesend seien, und stellt Einvernehmen fest, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. – Siehe auch Beschlussprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/1036 **Strategie zum Umgang mit KI-Systemen in der Schule**	0190 BildJugFam
b)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin Drucksache 19/1142 **Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Schulwesen (Schuldatenverordnung – SchuldatenV) – VO-Nr. 19/163 –** (auf Antrag der Fraktion Die Linke)	0194 BildJugFam DiDat
c)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler Hier: Umsetzung der einzelnen Maßnahmen gem. Maßgabebeschluss – Schlussbericht (RN 0826 E)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	0210 BildJugFam
d)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Umsetzungsstand der Digitalisierungsstrategie „Bildung in der digitalen Welt“, DigitalPakt Schule inklusive aller Zusatz-Vereinbarungen – jährlicher Bericht (RN 0576 A)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	0211 BildJugFam

Protokollierung siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Fehlende Schulplätze in Berlin: Wie geht es weiter im Schuljahr 2023/2024?** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0154 BildJugFam
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Aktueller Lehrkräftebedarf und akute Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0155 BildJugFam
c)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Schuljahr 2023/2024 – sichere Schulplatzversorgung für Berlin** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0171 BildJugFam
d)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Entwicklung der Schülerzahlen sowie mittelfristige Lehrkräftebedarfsplanung – Jährlicher Bericht – (Rote Nummer 0996)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0175 BildJugFam
e)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Absolventinnen und Absolventen in Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 B)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0176 BildJugFam
f)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Absolventinnen und Absolventen in Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 C)** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0215 BildJugFam

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 19/1132 **Gesetz zur Reduzierung der Klassengrößen an Berliner Schulen**	0193 BildJugFam Haupt

Vorsitzende Sandra Khalatbari teilt mit, dass zu dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion die schriftliche Stellungnahme des Senats nach § 43 Abs. 1 GGO II vorliege.

Tommy Tabor (AfD) erklärt, der vorliegende Antrag trage den Protesten der Lehrer Rechnung. Man sei sich mit dem Senat einig, dass ein Tarifvertrag zur Reduzierung der Klassengröße schwer umsetzbar sei, aber mit dem Gesetzentwurf wolle man einen alternativen Weg aufzeigen. Die Reduzierung der Klassengrößen sei angesichts des Lehrermangels eine große Herausforderung, und deshalb habe man die Reduzierung der Klassengröße bis zum Schuljahr 2028/29 zeitlich gestaffelt. Die in den Schulverordnungen festgeschriebenen Klassengrößen würden regelmäßig überschritten, und deshalb solle ein gesetzlicher Anspruch auf eine maximale Klassengröße festgelegt werden. Über diese Zahl und die zeitliche Umsetzung könne man noch diskutieren. – Er bitte um Zustimmung zu dem AfD-Antrag

Lars Bocian (CDU) hebt hervor, dass auch nach Aussage des Vorredners der AfD-Antrag schwer umsetzbar sei. Der angeführte alternative Weg gehe an der Realität vorbei, denn auch bei Zustimmung zu diesem Antrag könne man die Klassengrößen nicht reduzieren, weil die dann erforderlichen Schulräume und Lehrkräfte fehlten. Der richtige Weg sei, diese Voraussetzungen zu schaffen und dann auch die Klassengrößen zu reduzieren. – Er lehne den AfD-Antrag ab.

Tommy Tabor (AfD) merkt an, dass man z. B. die Inklusion oder das Schulessen zunächst beschlossen und dann geschaut habe, wie man es umsetzen könne. Werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch ihren angekündigten Antrag zu den Klassengrößen vorlegen?

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des AfD-Antrags – Drucksache 19/1132 – zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

. . .